



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Innen- und Rechtsausschusses**

#### **Auskunftsrechte von Bürgerinnen und Bürgern**

Antrag der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/1083

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 30. November 2006 überwiesenen Antrag, Auskunftsrechte von Bürgerinnen und Bürgern, in mehreren Sitzungen beschäftigt, zuletzt in seiner Sitzung am 18. April 2007, und insbesondere über die Frage der Negativauskunft bei Telefonüberwachungen im Zuge von Ermittlungsverfahren intensive Gespräche mit dem Innenministerium, dem Justizministerium und dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz geführt.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Werner Kalinka  
Vorsitzender